

Eltern klagen: Seit G8 bleibt keine Zeit mehr für Klassenfahrten

-
- Wandern ist für Kinder spannend - und wichtig.

Der Schulstress wächst - und der Spaß bleibt dabei auf der Strecke. Seit der Einführung von G8 fallen immer öfter Klassenfahrten aus, sagen die Eltern der Schüler.

MÜNCHEN - Wegen der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) in Bayern fallen nach Angaben von Elternvertretern immer mehr Klassenfahrten aus. Der Vorsitzende der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern (LEV), Thomas Lillig, sagte dem Hörfunksender Antenne Bayern am Dienstag, die Zahl der Schülerreisen sei erheblich reduziert worden. Schuld daran sei vor allem die hohe Stoffdichte beim G 8.

„Man kann sich keine Auszeiten mehr leisten“, kritisierte Lillig. An vielen Gymnasien würden deshalb Abiturfahrten, Skilager und Sprachaufenthalte gestrichen. „Das ist für die Schüler ein ganz klarer Verlust zu früher“, sagte der Elternsprecher.

Vom bayerischen Kultusministerium heißt es dagegen, man könne diese Einschätzung nicht nachvollziehen. Allerdings entscheide jede Schule selbst über solche Fahrten. Seit 2007 seien außerdem die Kosten für begleitende Lehrer über ein staatliches Budget gedeckelt. Dadurch könnte der Eindruck entstanden sein, dass bei den Klassenfahrten gekürzt wurde.

ddp

Eltern gegen Lehrer

„Schulen fehlt die Kritikkultur“

Ein 14-jähriger Gymnasiast verschlechterte sich in Französisch auf Note Fünf. Die Mutter wehrte sich, die Lehrerin verklagte sie. Können Lehrer keine Kritik vertragen? Oder überschreiten Eltern ihre Grenzen?

Von FOCUS-SCHULE-Redakteurin Anne Kathrin Reiter

Lehrer: Autorität angeknackst?

Ein Gespräch mit Thomas Lillig, Jurist und Vorsitzender der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern, über Lehrer am Pranger, Probleme beim kritischen Umgang mit Pädagogen und mangelndes Vertrauen ins Schulsystem.

Der Fall

Ein 14-jähriger Schüler eines mittelfränkischen Gymnasiums verschlechterte sich in Französisch auf Note Fünf. Seine Mutter bat die Lehrerin um ein Gespräch und erfuhr, dass ihr Sohn kein Einzelfall war: Der Notendurchschnitt der gesamten Klasse lag bei 4,5. Die Mutter ließ ihren Sohn daraufhin von einem unabhängigen Nachhilfe-Institut testen. Dieses benotete ihn mit einer Drei. Aufgebracht startete die Mutter eine Umfrage in der Klasse: Sie ließ ihren Sohn Zettel verteilen, auf denen die Eltern den Unterricht der Lehrerin beurteilen sollten. Die Bewertung fiel nicht positiv aus. Die Lehrerin fühlte sich diskriminiert und reichte Unterlassungsklage ein. Das Urteil wird für Januar erwartet.

FOCUS-SCHULE: Herr Lillig, was halten Sie von dieser Vorgehensweise?

Thomas Lillig: Ich kann verstehen, dass die Mutter mit der schlechten Benotung ihres Sohnes unzufrieden war, ihr Verhalten finde ich jedoch nicht optimal. Eltern sollten nicht über den Unterrichtsstil eines Lehrers richten, den sie von außen gar nicht beurteilen können. Sie können ja lediglich Hausaufgaben oder den direkten Eindruck in den Elternsprechstunden aus erster Hand bewerten.

FOCUS-SCHULE: Was hätte die Frau tun sollen?

Lillig: Sie hätte ein klärendes Gespräch mit der Lehrerin suchen müssen. Hilft das nicht weiter, könnte der Beratungslehrer oder der Fachbetreuer vermitteln. Als letzte Instanz hätte sie den Schulleiter ansprechen können, bevor sie Weiteres unternimmt. Es ist nicht sinnvoll, einen Lehrer anzuprangern und ihm keine Handlungsmöglichkeit zu lassen. Eltern sollten viel mehr Vertrauen in Ansprechpartner setzen, die das Schulsystem für Problemsituationen bereithält.

FOCUS-SCHULE: Die betroffene Lehrerin hat gegen die Mutter geklagt. Das ist kein Einzelfall. Bundesweit wehren sich Pädagogen juristisch gegen das lehrerkritische Internet-Portal spickmich.de. Können Lehrer keine Kritik vertragen?

Lillig: An deutschen Schulen fehlt eine Kritikkultur, wie wir sie aus anderen Lebensbereichen wie der Wirtschaft kennen. Lehrer sollten sich konkreten Umfragen in ihren Klassen stellen. Ein Internet-Portal eignet sich dafür nicht, weil dort oft Schmähkritik und kaum Lob geäußert

werden. Zudem ist es vom Zufall abhängig, wer sich einloggt – eine fundierte Bewertung der Arbeit eines Lehrers ist eher ausgeschlossen.

FOCUS-SCHULE: Wie könnte ein für den Lehrer Gewinn bringendes Feedback aussehen?

Lillig: Ich schlage vor, anonym Rückmeldungen der Schüler einzuholen, die die Würde des Lehrers wahren. Die externe und interne Evaluation muss verstärkt werden, in einem persönlichen Gespräch kann der Schulleiter dann Verbesserungen der Unterrichtsqualität anregen. Ein Problem ist jedoch der Beamtenstatus. Um Änderungen in der Arbeitsweise positiv zu verstärken, können leistungsbezogene Gehaltszuschüsse dienen. Ich plädiere zudem für ein Ranking der Schulen untereinander: Welche hat die geringste Durchfallerquote, welche den geringsten Unterrichtsausfall?

FOCUS-SCHULE: Und wer beurteilt, was guter Unterricht ist?

Lillig: Die Arbeit eines Lehrers kann vom Schulleiter, Schülern, von externen Evaluationsteams, Elternbeiräten sowie von Beobachtern aus Wirtschaft und Wissenschaft unter die Lupe genommen werden. Starten sollten wir aber mit Anerkennung für die vielen vorbildlichen Lehrer, z. B. bei Schulfeiern oder Berichten in der Lokalpresse.

Lehrplan-Beirat will soziale Bombe entschärfen

Umstrittene Lerninhalte an bayerischen Gymnasien: Runder Tisch für Betroffene

NÜRNBERG - Die Anforderungen im G8-Gymnasium sind ein Dauerärgernis für Eltern und Schüler. Jetzt gibt es Hoffnung für eine Reform der Reform der weiterführenden Schule: Eine Art Runder Tisch aller Betroffenen soll nun über einen neuen Lehrplan debattieren.

Fragt man in Nürnberg Passanten auch mit höherer Schulbildung, welche Bedeutung die inszenierten Parteitage in der NS-Zeit hatten, bekommt man wenig erschöpfende Antworten. Darauf wettet Thomas Lillig, Chef der Landes-Eltern-Vereinigung (LEV). Der Befund: Die Schulen vermitteln zu wenig Geschichtsbewusstsein, übergreifende Weltbild-Kompetenz.

Die Tochter von Lilligs Kollegin Ulrike Köllner, Vorsitzende der Gymnasialeltern Bayern, lernt in Biologie in der 6. Klasse gerade sämtliche Krokodilarten auf allen Kontinenten auswendig. Der Befund: Die Pennäler müssen zu viel vermeintlich überflüssiges Detailwissen pauken, das sie schnell wieder vergessen.

Massive Defizite

Doch das haben längst Bildungswissenschaftler im Auftrag der Staatsregierung in einem Gutachten profund bestätigt: Dem Übermaß an Fakten-Inhalten stehen in vielen bayerischen Gymnasiastenköpfen massive Defizite bei den Fähigkeiten zum Erwerb, zur Bewertung und zur Präsentation von Wissen gegenüber.

Nur: Das Kultusministerium hat bisher wenig Neigung gezeigt, dieses Expertenurteil in eine neue Lehrplan-Reform für das verkürzte Gymnasium münden zu lassen. Und er bewegt sich doch: Kultusminister Ludwig Spaenle hat jetzt dem LEV-Vorsitzenden Lillig versprochen, dass nach den Pfingstferien Mitte Juni ein neuer Lehrplan-Beirat seine Arbeit aufnehmen soll. An dem Runden Tisch sollen Verbandsvertreter von Schülern, Eltern und Lehrern mit Experten und Ministerialbürokraten darüber debattieren, was die bayerischen Schüler in welcher Form künftig lernen sollen.

Lehrpläne sofort ändern

Die einflussreiche Landes-Eltern-Vereinigung erwartet von der neuen Diskussionsplattform den entscheidenden Anstoß dafür, dass «sogar» die umstrittenen Lehrpläne überarbeitet werden. «Wenn wir noch länger warten, dann werden Generationen von Schülern leiden, wir machen doch keine Bildungspolitik für unsere Enkel», sagte LEV-Chef Thomas Lillig. Nicht länger dürften sich nur Experten und Beamte mit dem Thema beschäftigen. Lillig forderte eine öffentliche Lehrplan-Diskussion mit «Transparenz und demokratisch legitimierte Entscheidungsprozessen».

Doch das Kultusministerium dämpfte sogleich allzu große Erwartungen an den Lehrplan-Beirat: Die Vorgaben seien ohnehin mit Beginn des laufenden Schuljahres verändert worden. Es werde vier bis fünf Jahre dauern, bis die Lehrpläne für alle Schularten angepasst seien. «Man kann die Sau nicht dauernd neu durchs Dorf treiben», sagte Ministeriumssprecher Ludwig Unger.

Bildung vom Einkommen abhängig

Die Wirkung «völlig überfrachteter Lehrpläne» haben die Gymnasialeltern Bayern und der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) gestern in einer gemeinsamen Erklärung vorgeführt: Viele Eltern müssten «immense finanzielle Aufwendungen für die Nachhilfe» für ihre Kinder tätigen. «Ein erfolgreiches Abitur wird mehr und mehr zur Frage des Einkommens der Eltern», so die Verbandsvorsitzende Köllner. Während laut Philologenverband nur jeder zehnte Schüler regelmäßig Nachhilfe bekommt, hat die Lan-

des-Eltern-Vereinigung eine Quote von 25 Prozent ermittelt, «mit massiv steigender Tendenz«, so LEV-Chef Lillig. Es gebe Eltern, die bis zu 600 Euro pro Monat dafür ausgeben. Der Elternsprecher sieht darin hochbrisanten «sozialen Sprengstoff«.

Wolf-Dietrich Nahr

12.5.2009

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN

CSU

Neue Töne in der Schulpolitik

In der CSU gibt es Überlegungen, die Einschulung flexibler zu gestalten - und zwei Grundschulklassen zusammenzulegen.

Erste und zweite Grundschulklasse zusammenlegen - das überlegt die CSU. (Foto: dpa)

Die CSU erwägt nach einem Bericht der *Passauer Neuen Presse*, die Regeln zur Einschulung in die Grundschule zu ändern. Kultus-Staatssekretär Marcel Huber (CSU) mache sich Gedanken darüber, von festen Einschulungsterminen abzurücken und den Schuleintritt flexibler zu gestalten. Er bringe zudem eine Zusammenlegung von erster und zweiter Grundschulklasse ins Gespräch.

"Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Ein fixer Übergangszeitpunkt vom Kindergarten an die Grundschule kann folglich für den einen oder anderen eine Schwierigkeit darstellen, weil er zum Beispiel geistig schon so weit ist, aber noch nicht körperlich und sozial - oder auch umgekehrt", sagte Huber dem Blatt.

Häufig seien etwa Hauptschulabsolventen, die sehr früh eingeschult worden sind, im Beruf noch nicht wirklich einsetzbar. "Sie sind, so bekommen wir das aus der Wirtschaft berichtet, oft sozial noch nicht so belastbar, wie das in einem Lehrberuf notwendig ist. Auch das könnte man in den Griff bekommen, wenn man von einer zu frühen Einschulung abrückt", sagte Huber.

Auch eine Abkehr von der einjährigen Klassenstufe bei Schulbeginn halte er für denkbar. Mit den sogenannten Kombiklassen, bei denen Schüler der ersten und zweiten Klassen zusammen unterrichtet werden, habe man gute Erfahrungen gemacht. Die strikte Trennung in eine erste und zweite Klasse sei nicht notwendig.

SZ 14.05.09

Ansturm auf die Gymnasien

Übertrittsquote nähert sich 40 Prozent eines Jahrgangs

München - Noch liegen aktuelle Einschreibzahlen nicht vor, doch eines steht bereits fest: Das Gymnasium ist auf dem besten Weg, der Hauptschule den Rang als Volksschule abzulaufen. "Die Übertrittsquote von der Grundschule entwickelt sich in Richtung 40 Prozent eines Jahrgangs und mehr", berichtete Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) am Donnerstag im Landtag. Auf Druck der Eltern wurde soeben zum wiederholten Mal am Lehrplan gekürzt. Weitere Stoffreduzierungen sind offenbar nicht geplant. So, wie der Lehrplan nun abgefasst ist, soll er Grundlage für das Abitur sein. "Das ist eine klare Botschaft an die Schüler", sagte Spaenle. Niveauverluste schloss er für das bayerische Gymnasium aus: "Es wird das Flaggschiff des deutschen Gymnasiums bleiben",

Die Landtagsopposition forderte jedoch die CSU auf, aus der neuen Rolle des Gymnasiums endlich Konsequenzen zu ziehen: "Das Gymnasium muss sich zu einer Schule entwickeln, die viele Schüler fördert und nicht mehr wenige Schüler fordert", sagte der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Thomas Gehring. Die SPD-Abgeordnete Karin Pranghofer rief dazu auf, endlich hohe Abbrecherzahlen zu vermeiden. "30 Prozent, die es nicht bis zu Abitur schaffen, das sind zu viele", kritisierte sie.

Ausreichend ist offensichtlich die Lehrerversorgung, zumindest in diesem Jahr. Die 300 Gymnasien erhielten je zwei Stellen zusätzlich, um einen holprigen Start in die neue Oberstufe im Herbst zu vermeiden. Der letzte G 9- und erste G 8-Jahrgang legen dann parallel 2011 das Abitur ab. Die CSU sprach von "einer riesigen Herausforderung". Doch während der CSU-Mann Georg Eisenreich versicherte, Bayern stehe mit den Vorbereitungen gut da, sah die SPD noch viele "offenen Baustellen". burt

Süddeutsche Zeitung